

Antrag Nr. 04-F-06-0011

LiLi- Fraktion

Betreff:

Maßnahmen gegen die unsozialen Folgen von "Hartz IV" und "Gesundheitsreform"
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 13.05.2004 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden fordert Bund und Länder auf, die in "Hartz IV" vorgesehene Abwälzung der Unterkunftskosten für Arbeitslosengeld II-Bezieher/innen auf die Kommunen zurückzunehmen. Sie begrüßt die entsprechenden Bemühungen des Deutschen Städtetages und fordert ihn auf, im Rahmen der Kampagne "Reformen statt Kahlschlag" gemeinsam mit gesellschaftlichen Partnern öffentlichkeitswirksame Aktionen einzuleiten, um Bund und Länder zum Einlenken zu bewegen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden fordert Bund und Länder auf, die Praxisgebühren und die Zuzahlung für Medikamente für Empfänger/innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zurückzunehmen. Sofern dies nicht geschieht, fordert er die Landesregierung auf, die Praxisgebühren und die Belastungshöchstgrenze für Zuzahlungen in die ab 1. Januar 2005 gültigen Regelsätze aufzunehmen.
3. Für Empfänger/innen von laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt übernimmt die Landeshauptstadt Wiesbaden ab 1. Januar 2004 rückwirkend die Praxisgebühren und die Medikamentenzuzahlungen bis zur Belastungshöchstgrenze.

Begründung:

Wiesbaden, 13.05.2004

gez. Hartmut Bohrer
Stadtverordneter

f.d.R. Evelyn Zell
Fraktionsgeschäftsstelle